

Bericht der Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission an den Landrat

betreffend Depressions- und Suizid-Prävention bei Kindern und Jugendlichen

2021/214

vom 8. August 2023

1. Ausgangslage

Mit ihrem am 21. März 2021 eingereichten und vom Landrat am 4. November 2021 überwiesenen Postulat spricht Laura Grazioli das Phänomen zunehmender psychischer Belastung junger Menschen an. Depressionen, Suizidversuche und Suizide nehmen, insbesondere seit Einleitung der Massnahmen zur Bekämpfung von Covid-19, stark zu. Bei den unter 25-Jährigen ist der Suizid nach dem Unfalltod die zweithäufigste Todesursache. Die Dunkelziffer ist hoch: Die Zahl der Suizidversuche liegt um den Faktor 20 bis 200 darüber. Die Postulantin bittet angesichts dieser Notlage den Regierungsrat, wirksame Präventionsmassnahmen für Depressionen und Suizidgefährdung bei Kindern und Jugendlichen einzuleiten, unter Einbezug von Schulen, Sport- und anderen Jugendvereinen sowie Lehrbetrieben und Eltern. Zweitens solle geprüft werden, wie das Thema «psychische Gesundheit» künftig in den Lehrplan aufgenommen werden kann, um die Heranwachsenden entsprechend zu sensibilisieren.

Die psychische Gesundheit ist laut Regierungsrat nicht erst seit der Corona-Pandemie ins öffentliche Interesse gerückt. Befragungen und Studien zeigen auf, dass die psychische Belastung in der Bevölkerung allgemein und besonders bei Kindern und Jugendlichen seit längerer Zeit ansteigt. Die Corona-Pandemie hat diesen langfristigen Trend verstärkt; eine Abflachung ist gemäss Aussagen von Fachpersonen zur Zeit nicht absehbar.

Im Sinne des Postulats verfolgt der Regierungsrat die Ziele, die Jugendlichen sowie ihr Umfeld zu stärken (Hilfe zur Selbsthilfe), gegebenenfalls zu entlasten und bei auftretenden Problemen frühzeitig zu reagieren. Für die Schulen, den Unterricht bzw. die Ausbildung der Lehrpersonen gibt es laut Regierungsrat eine Fülle an Angeboten. Weniger ausgeprägt vorhanden sind Angebote für den Freizeitbereich, und noch weniger für Eltern. So gibt es im Kanton nur vereinzelt Elternbildungsangebote zu Themen wie Mediennutzung, Pubertät, Aggressionen und Kommunikation in der Familie. Eine Anpassung der Lehrpläne, wie von der Postulantin erbeten, erscheint dem Regierungsrat nicht als der richtige Weg, um die Thematik an den Schulen zu fördern, insbesondere da der Lehrplan bereits ausgelastet und die Schulleitungen und Lehrpersonen arbeitsmässig stark belastet sind.

Der Regierungsrat setzt vor allem auf die Stärkung der Prävention und der Früherkennung und Frühintervention: Erstens durch Verbesserung der Information und Kommunikation über die Handlungsmöglichkeiten und die bestehenden Angebote; zweitens mit der Überprüfung bzw. Optimierung des bestehenden Angebots. So sollen das Weiterbildungsangebot im Bereich Früherkennung und die Angebote für Eltern zur Unterstützung der Kinder ausgebaut werden, zudem sollen die Kinder vermehrt mittels Plakaten und Kampagnen erreicht und ihre Probleme adressiert werden. Eine konkrete anstehende Massnahme ist die interdirektionale Fachtagung Jugend am 8. September 2023 mit dem Schwerpunkt «Umgang mit Emotionen». Im Fokus stehen weiter diverse Präventionsangebote an Schulen zur Stärkung der psychischen Gesundheit und Sensibilisierungsangebote für Lehrpersonen und Schulsozialarbeitende.

Für Details wird auf die [Vorlage](#) verwiesen.

2. Kommissionsberatung

2.1. Organisatorisches

Die Kommission behandelte die Vorlage an ihrer Sitzung vom 30. Juni 2023 im Beisein von Regierungsrat Thomas Weber und VGD-Generalsekretär Olivier Kungler sowie Jürg Sommer, Leiter Amt für Gesundheit, und Irène Renz, Leiterin der Abt. Gesundheitsförderung im Amt für Gesundheit.

2.2. Eintreten

Eintreten auf die Vorlage war unbestritten.

2.3. Detailberatung

Die Kommission verdankte den guten Bericht und die darin aufgeführten Massnahmen, mit denen ein schwieriges und schwierig zu steuerndes Thema anzugehen versucht wird. Die Ursache der schwerwiegenden gesundheitlichen Krise dagegen wurde in der Kommission breit diskutiert. Unterschiedliche Haltungen zeigten sich dabei v.a. bei der Rolle der Schule, welche eine Seite stärker einzubeziehen wünschte, während die andere Seite davor warnte, den Bildungsauftrag zu sehr mit erzieherischen Massnahmen einzuschränken.

– Problem: Mangelnde Resilienz

Ein Kommissionsmitglied warf die Frage auf, wie es kommen konnte, dass sich die psychische Verfassung von Kindern und Jugendlichen innert kurzer Zeit derart verschlechtert habe. Wissenschaftlich erhärtete Erklärungen gibt es laut der Direktion dafür keine. Bekannt sei lediglich, dass das Problem multifaktoriell sei und sich bereits vor Corona bemerkbar machte, es sich jedoch in den letzten 3 Jahren verstärkt habe und trotz dem Ende der einschränkenden Massnahmen auf konstant hohem Niveau fortbestehe.

Dabei müssen verschiedene Faktoren veranschlagt werden. Als wichtiger Grund wäre das erschütterte Vertrauen in eine Welt zu nennen, die einem Geborgenheit und Sicherheit geben sollte, die jedoch aufgrund mehrerer Dauerkrisen (Pandemie, Ukraine-Krieg, Klimawandel) instabil und gefährlich geworden ist. Der hohe Medienkonsum setzt Kinder und Jugendliche permanenter Reizflut aus und die sozialen Medien locken mit schrankenloser Unterhaltung (im doppelten Wortsinn), senken jedoch auch die Frustrationstoleranz im Umgang mit Langeweile und Nicht-Gelingen. Gleichzeitig fördert das den sozialen Medien inhärente ständige Vergleichen und Bewerten sowie Entwicklungen wie Cybermobbing den sozialen Stress immens. Der gesunde Umgang damit wird unter Fachleuten intensiv diskutiert. Der Kanton ist derzeit zusammen mit der Kantonsbibliothek am Vorbereiten einer Kampagne mit Fokus auf den digitalen Medienkonsum von Kindern. Diverse andere Angebote und Broschüren für Fachpersonen und Erziehungsberechtigte existieren bereits auf kantonaler und eidgenössischer Ebene.

In der Kommissionsberatung wurde verschiedentlich darauf hingewiesen und mit anschaulichen Beispielen untermauert, dass sich die Voraussetzungen für die Entwicklung einer gesunden Resilienz verschlechtert haben. Teilweise wurde dies einem – aufgrund der schwindenden Verbindlichkeit in Beziehungen und der in Doppelverdiener-Haushalten mangelnden Ressource Zeit – geringeren Rückhalt in der Familie angelastet. Das Familiensystem und das engere Umfeld, so eine Stimme, spiele für das gesunde Aufwachsen jedoch nach wie vor eine wichtige Rolle. Die Direktion bestätigte, dass im Rahmen der Analyse festgestellt wurde, dass die Rolle der Eltern für ihre Kinder essentiell sei und die Pluralität der Familienformen und die Wechselhaftigkeit in Beziehungen eine Belastung für Kinder und Jugendliche darstellen.

– Lösung: Multi-Zugang auf allen Ebenen

Ein Kommissionsmitglied wies auf den Umstand hin, dass es zwar viele gute Angebote gebe, diese jedoch wenig genutzt werden, was womöglich daran liege, dass sie freiwillig und dadurch eher wenig bekannt sind. Das Mitglied regte deshalb an, die Schulen vermehrt in die Pflicht zu nehmen, und Programme oder Beratungen (ähnlich der «Zahnfee» oder dem Verkehrspolizisten) anzubieten. Damit könnte der nachgelassenen Aufsichtspflicht und einer gewissen Erziehungsmüdigkeit

von Eltern in Bezug auf digitale Medien und psychische Hygiene entgegengewirkt werden. Der Vorschlag, die Schulen einzubinden, stiess in der Kommission aber nicht nur auf Verständnis. Es wurde argumentiert, dass die Lehrpläne bereits voll seien und die Schule für Bildung und weniger für Erziehung zuständig sei; nicht zuletzt sei die Lehrerschaft in dieser Thematik bereits sehr sensibilisiert.

Aus Sicht der Direktion braucht es einen Multi-Zugang auf allen Ebenen – über die Familie, das Freizeitsystem, aber auch die Schulen. Letztere spielen aufgrund der hohen Erreichbarkeit und Chancengerechtigkeit eine besonders wichtige Rolle und sind eine beliebte Möglichkeit, in wichtigen gesellschaftlichen Fragen auf Kinder einzuwirken. Die Direktion versicherte, dass man gemeinsam mit der Schulgesundheitskommission anschauen werde, wie es gelingen kann, dass die heute bestehenden Angebote eine bessere Verbreitung an der Schule erfahren und dass die Hindernisse auf diesem Weg erkannt und beseitigt werden.

Ein Mitglied regte an, auch die Eltern stärker einzubeziehen und ihnen vermehrt die Möglichkeit zu geben, offiziell miteinander in Austausch zu treten. Viele leiden – hinter einer schönen Familienfassade – darunter, dass sie das Gefühl haben, nur *ihr* Nachwuchs habe mit Motivations- und anderen Problemen zu kämpfen.

Ein Kommissionsmitglied mutmasste, dass eine sinnvolle Freizeitgestaltung helfen könnte, mit vielen der heute beklagten Probleme besser umgehen zu lernen. Organisationen wie die Pfadfinder vermitteln eine Erfahrung von Gemeinsamkeit, ermöglichen den unmittelbaren Austausch sowie Lern- und Erfolgserlebnisse ohne Leistungsdruck. Bei Sportvereinen wiederum liege das Schwergewicht bei körperlicher Tätigkeit, aber auch auf dem Zusammenhalt in der Gruppe und der Rücksichtnahme untereinander. Die Direktion bestätigte, dass seit Corona eine vermehrte Inanspruchnahme solcher Freizeitaktivitäten zu beobachten ist, es jedoch mit den bestehenden Strukturen schwierig sei, den Zuwachs zu verkraften; ausserdem gehe von gewissen Freizeitangeboten auch ein Leistungsdruck aus, der die Kinder zusätzlich belaste.

3. Beschluss der Kommission

Die Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission schreibt das Postulat mit 13:0 Stimmen ab.

08.08.2023 / mko

Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission

Balz Stückelberger, Präsident (bis 30. Juni 2023)